

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 11

Rubrik: Stimmen der Welpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Absterbeordnung anheimfällt. Wenn man diesen Weg nicht scheut, ist bereits ein schöner Bruchteil der Finanzreform gelöst.

Viel wichtiger scheint uns aber die Tatsache zu sein, daß mit der Umgestaltung der Subventionspolitik das etatistische Gebaren von Regierung und Parlament, das den Werkmeistern des Bundesstaates fernlag, zwangsweise korrigiert wird, was gleichzeitig die so dringend notwendig gewordene Stärkung unserer freien, föderalistischen Demokratie und Wirtschaftsverfassung sicherstellt.

STIMMEN DER WELTPRESSE

«*Ist der Krieg unvermeidlich?*» ist der Titel eines in Nr. 22 der Katholischen Blätter für weltanschauliche Information «*Orientierung*» (Zürich, Auf der Mauer 13) erschienenen Aufsatzes, den wir auszugsweise wiedergeben:

Einleitend weist der Verfasser, M. Galli, auf die fast hysterische Atomkriegs-angst der westlichen Welt hin, wie sie vor dem Zusammentreten der Unoversammlung im letzten Spätherbst zu Tage trat. Nach seiner Ansicht vermochten Trumans und Achesons Vorschläge zu einer Friedenssicherung und für wirksame und kontrollierbare Abrüstung die ganze russische Friedenswalze zum Stehen zu bringen. Und darauf folgte als Antwort das Gelächter Wischinskys, «die ganze Nacht hindurch». — Galli verneint die Frage, ob einer der Partner des unfriedlichen Weltgespräches wirklich den Krieg wolle. Die wirtschaftliche Bedrängnis der westlichen Welt als Folge der Aufrüstung und der fast unbedingte Friedenswillen der westlichen Völker könnten von ihren demokratischen Regierungen nicht außer acht gelassen werden. Und die Russen sind felsenfest davon überzeugt, daß die Zeit für sie arbeite. «So will keiner den Krieg und doch kann kein Mensch leugnen, daß wir durch die Rüstung unfehlbar dem Kriege zutreiben». Der Autor kommt in diesem Zusammenhang auf die bekannte Sondernummer der amerikanischen Zeitschrift «*Colliers*» zu sprechen. — Bei der Umschau nach Kräften, um die Kriegsgeister zu bannen, stößt Galli auf die russische Widerstandsbewegung, sie ist seine einzige Hoffnung. Ihren Kern sieht er in der russischen Emigrantengruppe NTS (Nationalno Trudovoj Sojuz), auf deutsch: Nationaler Bund des Schaffens. Als einziger unter den russischen Emigrantenbünden vermag NTS in Rußland selbst eine äußerst rege Tätigkeit auszuüben. Ihre Träger sind Russen, die erst vor kurzer Zeit nach dem Westen entwichen sind, also Sowjetmenschen, nicht ci-devants; sie wollen keine Rückkehr in die früheren Zustände, die sie nicht mehr aus eigener Erfahrung kennen, keine Gleichschaltung mit der westlichen Formaldemokratie, vielmehr den Aufbau des Staates nach *ontologischen* Gegebenheiten des Gemeinschaftslebens, keinen Kapitalismus und keinen Kollektivismus, wohl aber eine stark genossenschaftliche Ordnung, den «solidaristischen Staat». Die NTS steht geistig in der nächsten Nähe von Berdiajew. Galli zitiert aus dessen Büchlein «Das neue Mittelalter» (eben neu erschienen bei Otto Reichl in Tübingen) mit voller Zustimmung: «Dem Kommunismus darf man nicht mehr antihierarchische, humanistische und moderne liberaldemokratische Ideen, sondern einzig nur die wahre ontologisch begründete Hierarchie ... gegenüberstellen». Galli ruft von katholischer Sicht aus

nach einer Überwindung des rationalistischen Individualismus und Humanismus im Westen und nach einer entschiedenen Abkehr von einer westeuropäischen Entwicklung von mehr als 1000 Jahren.

Mehr denn je ist die Aufmerksamkeit der politischen Kreise Italiens den neuen Problemen konstitutioneller, militärischer und finanzieller Art zugewendet, die sich aus der geplanten Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft ergeben. In dem von der Zeitung *«Il Mondo»* vom 12. Januar 1952 unter dem Titel *«Europa in drei Phasen»* erschienenen Aufsatz stellt Antonio Calvi, nach einer Zusammenfassung der von der Konferenz der sechs Außenminister in Paris aufgestellten Programmpunkte, fest, das Hauptergebnis der Vereinbarung, gewissermaßen deren Angelpunkt, sei der Beschluß, sofort an die Bildung europäischer Streitkräfte heranzugehen. Die Ausrüstung von nicht weniger als sechs bis acht deutscher Divisionen wird Frankreich und die Beneluxstaaten zwingen, den Übergang von der vorbereitenden zur präföderalen und schließlich zur föderalen Phase zu beschleunigen und zu unterstützen, wenn sie nicht der Vereinigung dieser Divisionen zu einem deutschen Bundesheer beiwohnen wollen. Man befürchtet jedoch, daß Deutschland sich weigern könne, den Übergang zur präföderalen Phase der Verteidigungsgemeinschaft zu ratifizieren oder, was noch wahrscheinlicher ist, daß Deutschland in der europäischen Formation inskünftig eine Vormachtsstellung einnehmen könne. Das einzige Mittel, dies zu verhindern, bestünde in einer dauerhaften Verbindung der europäischen Föderation nicht nur mit Großbritannien, sondern vor allen Dingen mit den Vereinigten Staaten.

Man muß jedoch zwischen dem Übergangscharakter des atlantischen Verhältnisses und dem dauerhaften und endgültigen Charakter des europäischen Verhältnisses unterscheiden, ebenso zwischen dem Europäismus der wahrhaft international und atlantisch gesinnten Amerikaner und dem Europäismus jener Amerikaner, welche die von Europa verlangten Verpflichtungen nur so verstanden wissen wollen, daß diese die Bedingungen für einen baldigen Rückzug der Amerikaner aus dem alten Kontinent schaffen. In diesem Punkte teilt der Verfasser die schon von anderen verfochtene Idee, daß die britische Regierung nur darum nicht ihren Beitritt zur Europa-Union erklärt habe, um sich von den Amerikanern nicht sagen lassen zu müssen, es sei nun möglich, die Verpflichtungen der U.S.A. in Europa abzubauen und zu beschränken, da die Verteidigungsgemeinschaft jetzt ja angebahnt sei.

McCarthy hat in den letzten Jahren viel von sich reden gemacht. Sein Name füllte die Schlagzeilen der amerikanischen Blätter. Seine Methodik der Diskriminierung wurde zu einem Schlagwort, dem *«McCarthyism»*. Jetzt ist der Mächtige und Gefürchtete, der aus dem Dunkel der Anonymität sich mit einem kräftigen Satz in die politische Arena schwang, Gegenstand der Kritik seiner eigenen Landsleute geworden. Es brauchte einige Zeit, bis man es ungestraft wagen durfte, den Pelz des Allgewaltigen zu zausen. Wer ist dieser geschäftige Mann, der sich immer wieder einzureden pflegt, daß man auf der Welt sei, um etwas zu tun, und ist sein Einfluß nützlich oder schädlich für die Vereinigten Staaten? Diesen Fragen geht die New Yorker Wochenzeitung *«Time»* in dem Aufsatz *«Weighed in the Balance»* nach¹⁾. McCarthy begann seine Karriere mit einigen Reden, in denen er vorgab, Kenntnis von zahlreichen kommunistischen Beamten im State Department zu haben. Der Ankläger, der keinen Beweis führen konnte, brach sich mit seiner Denunziierungstaktik nicht das Genick, sondern fuhr fort, einen politischen Tiefschlag nach dem anderen auszuteilen. Es folgten weitere Anklagen; Namensersfindungen; er

¹⁾ Time, The weekly Newsmagazine, 22. 10. 1951.

schmückte sich mit fremden Erfolgen, indem er Kommunisten namhaft machte, mit deren Entdeckung er nichts zu tun hatte; schließlich griff er Tydings, den demokratischen Vorsitzenden des vom Senat eingesetzten Ausschusses zur Untersuchung der schwebenden Fälle, als kommunistenfreundlich an. Und dabei war der tatsächliche Erfolg McCarthys nach zweijähriger emsiger Säuberung des «Augiasstalles», daß er nicht einen einzigen Kommunisten exakt entlarvt hatte! McCarthy nützte, wie alle wirksamen Demagogen, die nervöse Gereiztheit der öffentlichen Meinung aus. Keine Gewissenskrupel, keine Rücksicht auf fair play beeinträchtigte seine politische Laufbahn — er realisierte scheinbar nicht einmal die Ernsthaftigkeit seiner Anschuldigungen. Als er Acheson, den er ebenfalls des Landesverrates bezichtigt hatte, in einer Senatssitzung traf, grüßte er ihn, stellte sich vor, so herzlich, als träfen sich rivalisierende Baseball-Manager.

Der Farmerssohn, der mit 18 Jahren einen Laden in einer Kleinstadt leitete, der Boxer-Champion des Colleges, der Aushilfskoch und Grabsteinverkäufer, der nach Pearl Harbour Marineflieger wurde und die Nachrede heimbrachte, daß er auf jeden Kokosnußbaum geschossen habe, nach der Theorie, daß unter jedem Baum ein Japaner sich verborgen haben könnte, dieser Joe McCarthy wurde 1946 Senator. Niemandem in Washington fiel der neue Senator in Wisconsin besonders auf. Er zeigte auch wenig praktisches Interesse am Kampf gegen den Kommunismus — bis er anfang, «etwas zu tun». Auf Kritik geht er nicht ein, sondern attackiert sie oder macht sie als «Verteidigung des Kommunismus» mundtot.

Die New York Times faßte die Wirksamkeit McCarthys folgendermaßen zusammen: «Er ist in einem rein negativen Sinne nützlich gewesen, daß viele von uns nämlich zu vermuten angefangen haben, daß etwas Gutes, wenn auch wenig, an jedem sein muß, der Senator McCarthys Zorn erregt hat». McCarthy, der «Haltet den Dieb» schreit, der die Kokosnußbäume beschießt, er hält das Lager im Alarmzustand und in Verwirrung.

Das von Bischof *Hanns Lilje* herausgegebene «Sonntagsblatt» (Hamburg) publizierte in seiner Nr. 2/1952 unter dem Titel «Die Kirche des Ostens im Schatten des Kremls» ein Gespräch mit Professor Dr. *Benz*, Leiter des ökumenischen Seminars der Theologischen Fakultät Marburg. Dessen Schlußfolgerungen lauten:

«Das Moskauer Patriarchat ist im gegenwärtigen Augenblick überhaupt nicht in der Lage, in ein wirklich ökumenisches Gespräch einzutreten, da es an ein bestimmtes politisches Programm gebunden ist. Selbst eine Änderung dieses Programms, die durchaus im Bereich der Möglichkeiten des politischen Realismus der Sowjetunion liegt, würde nicht die grundsätzliche Lage des Patriarchates verändern, die seine außenpolitischen Äußerungen aufs engste mit der allgemeinen Außenpolitik der Sowjetunion verbindet.

Auf Grund dieser Lage sind von der russischen Kirche niemals irgendwelche Äußerungen zu erwarten, die der Regierung der Sowjetunion in irgendeiner Weise als unangenehm erscheinen könnten. So ist die russisch-orthodoxe Kirche der Sowjetunion die einzige christliche Kirche der Welt, die niemals gegen soziale Mißstände, gegen Mißstände des rechtlichen Lebens in ihrem eigenen Lande Einspruch erhoben hat, oder die sich z. B. in irgendeiner Weise gegen die Massenumsiedlungen in der UdSSR oder gar gegen die Behandlung der Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen gewandt hätte. Ein solcher Appell an die Öffentlichkeit ist ihr unter den gegenwärtigen Verhältnissen weder möglich noch überhaupt von ihr zu erwarten. Auch eine etwaige ‚Ökumenische Verständigung‘ könnte sich nur im Rahmen der allgemeinen Außen- und Innenpolitik der Sowjetunion bewegen».